

**Sitzung Nr. 4/2015-19 am Mittwoch, den 23.11.2016 18:00 Uhr
Ortsamt Oberneuland, Mühlenfeldstraße 16, 28355 Bremen**

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

Beginn der Sitzung : 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:00 Uhr

Tagesordnung:

TOP 1 Bericht Bildungsdeputation

TOP 2 Besprechung des Antrages für die Haushaltsaufstellung 2018/19.

TOP 3 Geplante Aktionen

TOP 4 Neubaufinanzierung

TOP 5 Sonstiges

TOP 1 Bericht Bildungsdeputation

Frau Kreyenhop schildert kurz die Eindrücke von der Teilnahme an der Sitzung der städtischen Deputation für Kinder und Bildung Stadt am Mittwoch, den 16.11.2016. Herr Kai Folkerts (Schulelternsprecher GS Oberneuland) und Frau Kreyenhop konnten alle ihre Argumente vortragen. Leider wurden sie kommentarlos nur zur Kenntnis genommen. Frau Kreyenhop bekräftigt, dass ohne die Vertreter von SPD und Grünen der Stadtteil auch weiterhin nicht berücksichtigt wird.

Frau Kreyenhop berichtet von einem Gespräch mit Frau Catharina Hanke, die für die SPD in der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung sitzt und außerdem im Beirat Horn-Lehe stellvertretende Beiratssprecherin ist. Sie hat angeboten, im Januar in unseren Stadtteil zu kommen und eine so zumindest vorübergehend eine Hortlösung zu finden. Sie schlägt vor einen Hort in Rockwinkel einzurichten, der dann auch von den Unterstufenkindern besucht werden kann.

Die Ausschussmitglieder sind der Meinung, dass Rockwinkel zu weit weg ist und sich daher als Hortlösung nicht anbietet.

Grundsätzlich wird aber eine Hortlösung begrüßt und soll auf jeden Fall auch als Übergangslösung gefordert werden.

Frau Sense berichtet, dass sich eine Delegation aus SPD Deputierten für den 18. Januar 2017 9:00 Uhr in der Grundschule angemeldet hat. Wer aus dem Ausschuss teilnimmt, stimmt Herr Auffahrt bzw. Frau Pepe noch mit Herrn Güngör ab.

Herr Kocas hat bereits mit den grünen Deputierten Kontakt aufgenommen und wird in einem Gespräch erfragen, warum die Grundschule nicht berücksichtigt wurde – auch nicht perspektivisch. Er wird dann ebenfalls versuchen entweder für den 18. Januar 2017 oder einen möglichst auch im Januar liegenden Termin nach Oberneuland einzuladen.

TOP 2 Besprechung des Antrages für die Haushaltsaufstellung 2018/19.

Grundsätzlich:

- Jedes Kind hat einen Anspruch auf Betreuung. Der Bildungsauftrag gilt für alle Kinder gleich. Die Kinder suchen sich nicht ihren Wohnort aus
- Das Gerechtigkeitsempfinden der Oberneulander Eltern ist zutiefst gestört

Ganztag:

- Jedes Kind hat einen Anspruch auf Betreuung. Der Bildungsauftrag gilt für alle Kinder gleich. Die Kinder suchen sich nicht ihren Wohnort aus.
- Ausweichschulen bieten keine Alternative: Philipp Reis / Marie Curie GS haben ein Hortangebot. Dieses ist überfüllt. Sind in der Planung auch nicht für den Ganztag vorgesehen.
- In der Spätbetreuung sind derzeit 25 Kinder bei Claudia Hochbaum mit Mittagessen und 50 Kinder bei Frau Kalbe ohne Mittagessen angemeldet. Beides sind Elterninitiativen. Beide erhalten keine Zuschüsse von der Stadt (da kein Ferienangebot). Es werden nur wenige Viert-Klässler die Spätbetreuung verlassen. Es werden aber aus den beiden großen Kindergärten allein über 60 Kinder erwartet, die eine Mittagsbetreuung benötigen. Mind. 40 Erstklässler ohne Betreuung ab Herbst.
- Der Elefanten-Kinderkreis wird den Betreuten Mittagstisch zugunsten der Kindergartenkinder einschränken und evtl. sogar ganz aufgeben. Die Kirche bietet nur für 20 Kinder eine Spätbetreuung mit Mittagessen an.
- Es fehlt eine Perspektive !
- Wiedereinstieg in Beruf nach Elternzeit gelungen, ab Grundschule wieder reduzieren.
- Besonders gut ausgebildete Eltern werden benachteiligt, da der Sozialindikator zu gut ist
- Elternvereine sind überlastet. Es gibt auch hier Nachfolgeprobleme, da Vorstandsmitglieder ehrenamtlich stark in Anspruch genommen werden. Es wird sich kein neuer Elternverein gründen.
- Steuereinnahmen finanzieren den Ganztag

Vierzügigkeit:

- Neubaugebiete (Büro- und Wohnpark Oberneuland, Wischhusen Grundstück, Lückenbebauung)
- überdurchschnittliche Geburtenrate
- Vinnenweg (Flüchtlinge und Hermann Hildebrandhaus) zugeordnet

Top 3 Geplante Aktionen

Tag der offenen Tür: Am 12. Januar 2016 ist Tag der offenen Tür für die Grundschule. Hier soll schon signalisiert werden, dass es kaum Betreuungsmöglichkeiten für die neuen Schüler gibt.

Offener Brief: Die Schulelternsprecher werden im Namen der Eltern einen offenen Brief an die Bildungsbehörde schreiben. Vorher soll aber der Besuch von der SPD Delegation und den Grünen im Januar abgewartet werden.

Stille Demo: Sobald nach der Anmeldezeit im Februar bekannt ist, dass es für neu eingeschulte Kinder keine Betreuung nach 13:00 Uhr geben wird, wird Frau Goetz mit einigen anderen betroffenen Eltern absprechen, welche Mutter mit den unbetreuten Kindern ab 13:00 Uhr auf dem Flur der Verwaltung der Bildungssenatorin abhängt.

Top 4 Neubaufinanzierung

Frau Schwimmbeck, vom Ganztagsausschuss berichtet, dass die Erfahrungen mit den Behörden gezeigt haben, dass grundsätzlich alles was von der Immobilien Bremen oder dem Umweltbetrieb geplant und/oder bestellt wird, erheblich teurer ist, als bei jeder privaten oder gewerblichen Planung.

Beispiele:

- a) Geländer im Neubau: Angebot Immobilien Bremen 9.000 Euro und mind. 3 Monate Lieferzeit. Umsetzung durch Elterninitiative 900 Euro, 2 Wochen Lieferzeit.
- b) Renovierung der Turnhalle: Die Turnhalle sollte mit Fördergeldern renoviert werden. Wegen Gewährleistungsproblemen durfte die Elterninitiative nur streichen lassen. Die Turnhalle ist bis heute nicht renoviert.
- c) Klettergrüst/Spielgeräte Pausenhof: wurden von der Elterninitiative repariert und bestellt. Der Umweltbetrieb hat sich zunächst geweigert, die Geräte abzunehmen, obwohl bereits eine TÜV Abnahme erfolgt war. Die Kosten wären beim Umweltbetrieb um mind. 50% höher gewesen, als die Bestellung durch die Elterninitiative.

- d) Kleinfeld Pausenhof: Der Elterninitiative lag ein Angebot über 30.000 Euro vor. Die Stadt hat insgesamt über 100.000 Euro ausgegeben.
- e) Grundschulneubau: EU-weite Ausschreibung führt verlängertem Planungszeitraum. Einzelvergabe der Gewerke zu Insolvenzen am Bau und geringeren Gewährleistungen. Architekt und Baubetreuung waren nicht in Bremen vergeben, dadurch viele Baufehler. Insgesamt ist der Bau der Grundschule erheblich teurer als geplant geworden (mind. 3,3 Mio Euro statt ca. 2,8 Mio).

Daher befürwortet der Ausschuss für den Bau der Grundschule ein PPP (Public Private Partnerschaft) Model. Hier stehen Kosten, Bauzeitraum, Fertigstellung und Gewährleistung von Anfang an fest. Bremen kann sich das teure Selbstbauen aufgrund der unzureichenden Strukturen bei Immobilien Bremen nicht leisten.

Top 5 Sonstiges

Frau Krey bemängelt, dass immer wieder Autos vor der Grundschule (Haupteingang) und vor der Feuerwehreinfaahrt (Pausenhofeinfahrt) parken oder halten. Es soll ein Antrag für ein absolutes Halte-/ und Parkverbot gestellt werden.

Leitung der Sitzung und Protokoll

Gez. Tamina Kreyenhop